

Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 15.07.2020

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	20:22 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzender:	Herr Panse Frau Pelke, TOP 8.3 tw.; ab TOP 8.4
Schriftführer:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Verpflichtung eines Stadtratsmitgliedes	
3.	Änderungen zur Tagesordnung	
4.	Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern	
4.1.	Öffentlicher Nahverkehr	0458/20
5.	Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 27.05.2020	

6.	Aktuelle Stunde	
6.1.	Wiederholter Vandalismus an Schulgebäuden - Brand der Schulsporthalle Einr.: Fraktion AfD	1230/20
7.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
7.1.	Neubesetzung des Mitgliedes und der Stellvertreter im Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachberei- tung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt Einr.: Fraktion AfD	1180/20
7.2.	Wiederinbetriebnahme bürger*innenfrequentierte Ämter Einr.: Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜND- NIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	1211/20
7.3.	Auswirkungen des Windvorranggebiet Schwerborn/ Kerspleben auf Mensch und Natur begrenzen Einr.: Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE.	1237/20
8.	Entscheidungsvorlagen	
8.1.	Besetzung Sachkundige Bürger in den Ausschuss zur Vor- bereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgar- tenschau 2021 in Erfurt Einr.: Fraktion AfD	0579/20
8.2.	Kommunalkpaket des Freistaates Thüringen nutzen - Ei- genbetrieb Immobilien-management der Stadt Erfurt finanziell ausstatten Einr.: Fraktion SPD	0612/20
8.3.	Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2020 Einr.: Oberbürgermeister	0970/20
8.3.1.	Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0970/20 - Bei- trittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nach- tragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das Haus- haltsjahr 2020	1193/20

8.3.2.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0970/20 - Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2020	1206/20
8.3.2.1.	Antrag der Fraktion CDU zur DS 1206/20 - Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0970/20 - Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für da	1231/20
8.3.3.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 0970/20 - Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2020	1240/20
8.3.3.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 1240/20 - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 0970/20 [...] zur Drucksache 0970/20 (Beitrittsbeschluss)	1255/20
8.3.4.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0970/20 - Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2020	1234/20
8.3.5.	Antrag der FDP-Fraktion zur Drucksache 0970/20 - Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2020	1257/20
8.4.	Besetzung der sachkundigen Bürger:innen für die Fraktion DIE LINKE Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1065/20
8.5.	Spielen, Bolzen und Verweilen im Rieth Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1109/20
8.5.1.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1109/20 - Spielen, Bolzen und Verweilen im Rieth	1235/20

8.5.2.	Antrag der Fraktion zur Drucksache 1109/20 - Spielen, Bolzen und Verweilen im Rieth	1236/20
8.6.	Berufung sachkundiger Bürger der Fraktion FDP für die Ausschüsse des Stadtrates Einr.: Fraktion FDP	1111/20
8.7.	Angebote für Thüringer Schausteller ermöglichen Einr.: Fraktion FDP	1113/20
8.7.1.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1113/20 - Angebote für Thüringer Schausteller ermöglichen	1244/20
8.8.	Clubkultur retten Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1116/20
8.8.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1116/ 20 - Clubkultur retten	1139/20
8.8.2.	Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 1116/20 - Clubkultur retten	1223/20
8.9.	Berufung sachkundiger Bürger der Fraktion der AfD für die Ausschüsse des Stadtrates Einr.: Fraktion AfD	1141/20
8.10.	Berufung sachkundiger Bürger der Fraktion CDU für die Ausschüsse des Stadtrates Einr.: Fraktion CDU	1142/20
8.11.	Wahl zum stellvertretenden Mitglied im Jugendhilfeausschuss Einr.: Fraktion AfD	1144/20
8.12.	Sachkundige Bürgerinnen und Bürger SPD-Fraktion Einr.: Fraktion SPD	1145/20
8.13.	Benennung sachkundige Bürger für die Ausschüsse Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN	1146/20
8.14.	Berufung der sachkundigen Bürger*innen Fraktion Mehrwertstadt Erfurt Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	1158/20

- | | | |
|---------|---|----------------|
| 8.15. | Besetzung Sachkundige Bürger/innen in den Ausschüssen
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 1160/20 |
| 8.15.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur
Drucksache 1160/20 - Besetzung Sachkundige Bürger/innen in den Ausschüssen | 1239/20 |
| 9. | Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, eröffnete die 11. Sitzung des Stadtrates der Wahlperiode 2019 bis 2024 und begrüßte alle Mitglieder, Beigeordneten, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste.

Er gratulierte dem Stadtratsvorsitzenden, Michael Panse, Fraktion CDU, zum Geburtstag.

Im Anschluss übergab er die Sitzungsleitung an den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Panse.

Herr Panse verlas den Hinweis zur Aufzeichnung der öffentlichen Sitzung des Stadtrates im Internet als Live-Stream und zur Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung. Diese erfolgt durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den in der Geschäftsordnung des Stadtrates angegebenen Voraussetzungen.

Auf Rückfrage des Stadtratsvorsitzenden widersprach keiner der Anwesenden der Aufzeichnung.

Weiter informierte Herr Panse, dass eine Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen gemäß §19 Abs. (8) der Geschäftsordnung in den Fraktionsgeschäftsstellen und der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer/-innen ausliegt.

Mit Einladung wurden Hinweise zur Durchführung der Sitzung unter Pandemiebedingungen verschickt. Herr Panse wies insbesondere darauf hin, dass die Thüringenhalle stündlich für die Dauer von 10 Minuten zu belüften ist. Die Sitzung wird für diesen Zeitraum unterbrochen.

Weiter gab der Stadtratsvorsitzende an, dass auf Grund der stündlichen Sitzungsunterbrechung zur Belüftung der Thüringenhalle, keine zusätzliche Pause stattfindet.

Weiter bat der Stadtratsvorsitzende zu berücksichtigen, dass die Stadtratssitzung auf Grund der technischen Gegebenheiten in der Thüringenhalle spätestens um 22:00 Uhr beendet werden sollte.

Der Stadtratsvorsitzende stellte fest, dass die Einladung form- und fristgemäß nach § 35 (2) ThürKO erfolgte.

Zum Sitzungsbeginn waren 36 Stadratsmitglieder anwesend und die Beschlussfähigkeit nach § 36 (1) ThürKO gegeben.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit wurde den Stadratsmitgliedern, welche seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

2. Verpflichtung eines Stadtratsmitgliedes

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse verlas die rechtliche Grundlage zur Verpflichtung eines Stadtratsmitgliedes.

Nach § 24 (2) Satz 1 ThürKO werden die Stadtratsmitglieder in der ersten nach ihrer Wahl stattfindenden öffentlichen Sitzung des Stadtrates auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten durch den Oberbürgermeister oder seine Stellvertreterin verpflichtet. Ein Stadtratsmitglied, das diese Verpflichtung verweigert, verliert sein Amt (§ 24 (2) Satz 2 ThürKO).

Anschließend fragte er, ob Herr Katze anwesend sei, da dies zur Verpflichtung notwendig war. Da sich niemand der Anwesenden meldete, verkündete Herr Panse für das Protokoll:

Herr Katze wurde ordnungsgemäß unter allen bekannten Adressen eingeladen. Des Weiteren wurde telefonisch der Versuch unternommen Kontakt mit ihm aufzunehmen, was erfolglos blieb. Entsprechend der Rechtsprechung ist Herr Katze mit verstreichen der Widerspruchsfrist Stadtratsmitglied. Eine Verpflichtung kann durch seine Abwesenheit erst in der nächsten Stadtratssitzung im September erfolgen.

Daher brach er die Verpflichtung ab und schloss den Tagesordnungspunkt.

3. Änderungen zur Tagesordnung

Der Stadtratsvorsitzende verlas folgende Änderungen zur Tagesordnung:

Durch den Einreicher zurückgezogen wurde:

TOP 8.8.1 – Drucksache 1139/20

Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1116/ 20 - Clubkultur retten

ehemals TOP 7.2 – Drucksache 1207/20

Haushaltssicherungskonzept und Haushalt 2021

Einr.: Fraktion CDU

Zusätzlich aufgenommen wird:

7.1. - Drucksache 1180/20

Neubesetzung des Mitgliedes und der Stellvertreter im Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt

Einr.: Fraktion AfD

Herr Panse ließ im Anschluss über die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen 17

Nein- - Stimmen 5

Enthaltungen 8

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde nicht erreicht und die Dringlichkeit damit nicht bestätigt. Die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung erfolge somit nicht.

7.2. - Drucksache 1211/20

Wiederinbetriebnahme bürger*innenfrequentierte Ämter

Einr.: Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Herr Panse ließ im Anschluss über die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen	24
Nein- - Stimmen	1
Enthaltungen	7

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt. Die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung erfolgte somit.

7.3. - Drucksache 1237/20

Auswirkungen des Windvorranggebiet Schwerborn/ Kerspleben auf Mensch und Natur begrenzen

Einr.: Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, begründete die Dringlichkeit wie folgt:

Der Investor des dortigen Windparks schaffte Fakten und informierte Anwohner, da er bereits die erforderlichen Genehmigungen erhalten hatte. Um Fragen der betroffenen Anwohner beantworten und Einfluss auf die Fakten ausüben zu können, bat er um die Zustimmung zur Aufnahme in die Tagesordnung.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, widersprach der Dringlichkeit, zumal der Antrag erst am Vortag eingereicht wurde und auch die Stellungnahme der Verwaltung man erst kurzfristig bekam, weshalb eine Vorbereitung nicht möglich war. Das Thema sei langfristig bekannt gewesen und hätte bereits im Vorfeld angekündigt werden können. Er bat um eine sachliche Debatte, statt einer unter Presseöffentlichkeit.

Herr Panse ließ im Anschluss über die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen	30
Nein- - Stimmen	3
Enthaltungen	4

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt. Die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung erfolgte somit.

Weiterhin teilte der Stadtratsvorsitzende mit, dass auf Grund einstimmiger Vorberatungsergebnisse bzw. der Vereinbarung im Hauptausschuss die folgende Drucksachen ohne Rebedarf sofort abgestimmt werden sollen:

TOP 8.1 – Drucksache 0579/20

Besetzung Sachkundige Bürger in den Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt

Einr.: Fraktion AfD

TOP 8.6 – Drucksache 1111/20

Berufung sachkundiger Bürger der Fraktion FDP für die Ausschüsse des Stadtrates

Einr.: Fraktion FDP

TOP 8.9 – Drucksache 1141/20

Berufung sachkundiger Bürger der Fraktion der AfD für die Ausschüsse des Stadtrates

Einr.: Fraktion AfD

TOP 8.10 – Drucksache 1142/20

Berufung sachkundiger Bürger der Fraktion CDU für die Ausschüsse des Stadtrates

Einr.: Fraktion CDU

TOP 8.12 – Drucksache 1145/20

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger SPD-Fraktion

Einr.: Fraktion SPD

TOP 8.13 – Drucksache 1146/20

Benennung sachkundige Bürger für die Ausschüsse

Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN

TOP 8.14 – Drucksache 1158/20

Berufung der sachkundigen Bürger*innen Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

TOP 8.15 – Drucksache 1160/20

Besetzung Sachkundige Bürger/innen in den Ausschüssen

Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In geänderter Reihenfolge behandelt werden sollen:

TOP 8.3 – Drucksache 0970/20

Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2020

Einr.: Oberbürgermeister

vor

TOP 8.2 – Drucksache 0612/20

Kommunalkpaket des Freistaates Thüringen nutzen - Eigenbetrieb Immobilien-management der Stadt Erfurt finanziell ausstatten

Einr.: Fraktion SPD

Vorgezogen wurden:

Vor der ersten Pause wird die Drucksache zur Wahl von Mitgliedern in den Jugendhilfeausschuss aufgerufen:

TOP 8.11 – Drucksache 1144/20

Wahl zum stellvertretenden Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Einr.: Fraktion AfD

Der Stadtratsvorsitzende teilte weiterhin mit, dass der Stadtrat im Folgenden über Aufnahme von gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO verfristet eingereichten Anträgen in die Tagesordnung zu entscheiden habe.

Am 15.07.2020 wurde zum Tagesordnungspunkt 8.3.3 (Drucksache 1240/20) durch die Fraktion DIE LINKE. folgender Änderungsantrag eingereicht:

TOP 8.3.3.1 – Drucksache 1255/20

Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 1240/20 - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 0970/20 [...] zur Drucksache 0970/20 (Beitrittsbeschluss)

Da die Hauptausschussmitglieder den Antrag nicht kannten, wurde keine Entscheidung zum Verfahren getroffen. Der Stadtrat musste nunmehr entscheiden, ob der Antrag der Fraktion DIE LINKE. zum Änderungsantrag 1240/20 weiter behandelt werden soll.

Herr Panse ließ über die Behandlung der Drucksache abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen 26

Nein – Stimmen 0

Enthaltungen 6

Die Aufnahme des Änderungsantrages in die Tagesordnung wurde somit bestätigt.

Am 15.07.2020 wurde zum Tagesordnungspunkt 8.3 (Drucksache 0970/20) durch die Fraktion FDP folgender Änderungsantrag eingereicht:

TOP 8.3.5 – Drucksache 1257/20

Antrag der FDP-Fraktion zur Drucksache 0970/20 - Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2020

Da die Hauptausschussmitglieder den Antrag nicht kannten, wurde keine Entscheidung zum Verfahren getroffen. Der Stadtrat musste nunmehr entscheiden, ob der Antrag der Fraktion FDP zur Drucksache 0970/20 weiter behandelt werden soll.

Herr Panse ließ über die Behandlung der Drucksache abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen	9
Nein – Stimmen	13
Enthaltungen	10

Die Mehrheit wurde nicht erreicht. Die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung erfolgte somit nicht.

Auf die Frage des Stadtratsvorsitzenden, ob es weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gibt, meldete sich Herr Hose zu Wort.

Herr Hose beantragte im Namen seiner Fraktion für die gesamte Stadtratssitzung eine Halbierung der Redezeit für alle Tagesordnungspunkte und alle Redner/-innen.

Herr Panse ließ über die Halbierung der Redezeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen	18
Nein – Stimmen	10
Enthaltungen	4

Die Redezeit wurde entsprechend halbiert.

Anschließend entsprechend der geänderten Tagesordnung weiterverfahren.

4. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

4.1. Öffentlicher Nahverkehr

0458/20

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse erklärte, dass sich die Fragestellerin telefonisch entschuldigen ließ und sich die Frage für erledigt hat.

zur Kenntnis genommen

5. Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 27.05.2020

Schriftliche oder mündliche Einwände lagen nicht vor.

genehmigt Ja 33 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

6. Aktuelle Stunde

6.1. Wiederholter Vandalismus an Schulgebäuden - Brand der Sporthalle 1230/20
Schulsporthalle
Einr.: Fraktion AfD

Der Stadtratsvorsitzende informierte, dass ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 1230/20, mit dem Titel "Wiederholter Vandalismus an Schulgebäuden - Brand der Schulsporthalle", vorlag. Die Redezeit für diesen Tagesordnungspunkt betrug 2:30 Minuten je Fraktion und Oberbürgermeister.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, erinnerte daran, dass in der Nacht zum 11.07.2020 die Sporthalle Muldenweg im Erfurter Süden von Unbekannten in Brand gesetzt wurde. Der Schaden belaufe sich auf etwa 150.000 EURO. Weiter erinnerte er, dass seine Fraktion bereits im Januar 2020 im Erfurter Stadtrat einen Antrag mit Drucksache 0137/20 einreichte, durch den der Oberbürgermeister beauftragt werden sollte "...Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen, welche Sachbeschädigungen in Schulen und Turnhallen insbesondere durch Überflutung entgegenwirken.". Dieser Antrag wurde im Stadtrat mit einer großen Mehrheit abgelehnt. Hätte man dem Antrag zugestimmt, so hätten inzwischen Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden können, beispielsweise in Form einer Alarmanlage, die weitere Beschädigungen mit Bestimmtheit verhindert oder zumindest wesentlich erschwert hätten. Mit 150.000 EURO, hätte man 30 Alarmanlagen für Sporthallen besorgen können. Er fragte Herrn Hose, wie dieser das seinen Schülern erklären möchte. Abschließend erklärte er, dass Brandstifter nicht nur derjenige sei, der das Streichholz entfacht, sondern auch derjenige, der den Brandstifter gewährt, was in seinen Augen der Stadtrat, vor allem aber der Oberbürgermeister sei. Herr Schlösser bezeichnete in seinem Redebeitrag den Oberbürgermeister als "Oberbrandstifter". Dieser hätte seiner Meinung nach unabhängig von der Beschlussfassung auch aus eigener Kraft Maßnahmen ergreifen können und müssen, habe dies aber grobfahrlässig unterlassen.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, bat darum, Persönliches außenvorzulassen und die Mitglieder des Stadtrates nicht als "Brandstifter" zu betiteln. Zu dem Antrag der AfD, sollte man reden, allerdings ist es fraglich ob Alarmanlagen den Vandalismus verhindern können. Der Antrag wurde abgelehnt, weil er fachlich nicht untersetzt war. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur sei das Thema diskutiert worden, ohne Anwesenheit der Vertreterin der Fraktion AfD.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, war ebenfalls der Auffassung, dass eine Alarmanlage die Brandstifter nicht an ihrer Tat gehindert hätte. Er befürchtet, dass die

Fraktion AfD als nächsten Schritt eine Kameraüberwachung will. Außerdem rügte er die Aussage Herrn Schlössers, die Stadtratsmitglieder seien Brandstifter.

Herr Panse, Stadtratsvorsitzende erteilte daraufhin nach §15 Abs. 5 der GeschO Herrn Schlösser einen Ordnungsruf. Die Mitglieder des Stadtrates als Brandstifter zu bezeichnen sei eine ungebührliche Äußerung, welche laut GeschO mit einem Ordnungsruf geahndet werden kann.

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., schloss sich der Einschätzung seiner Vorredner, in Bezug auf den Vorwurf der Fraktion AfD, an. Seine Fraktion lehnt, wie die Mehrheit an Erfurter Bürger, Vandalismus in jeder Form ab und glaubt, dass man um den Mangel an Turnhallen weiß. Die vorliegende Straftat muss entsprechend rechtlich verfolgt werden. Alarmanlagen bzw. Hausalarmierungen brächten seiner Meinung nach nur tagsüber etwas, würden in der Nacht aber keine Brandstiftung verhindern können. Eine Videoüberwachung lehnt man entschlossen ab, da die Bekämpfung von Vandalismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, welches durch Prävention, Verständnis und Bestrafung, bei Straftat, gelöst werden muss.

Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN, wies Herrn Schlösser darauf hin, dass eine Zustimmung des damaligen AfD-Antrags den Brand nicht verhindert hätte. Der Antrag war ein Prüfauftrag, durch welchen Alarmanlagen im nächsten Haushalt hätten berücksichtigt werden müssen. Folglich wären die Alarmanlagen nicht rechtzeitig in der Turnhalle gewesen.

Herr Panse rügte Herrn Schlösser wegen seiner wiederholten Zwischenrufe und verwies darauf, die Redner auch ausreden zu lassen. Abschließend schloss er den Tagesordnungspunkt, da es keine weiteren Wortmeldungen gab.

zur Kenntnis genommen

7. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

- 7.1. Neubesetzung des Mitgliedes und der Stellvertreter im Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt** **1180/20**
Eintr.: Fraktion AfD

Siehe Tagesordnungspunkt 3.

Dringlichkeit nicht bestätigt Ja 17 Nein 5 Enthaltung 8 Befangen 0

7.2. Wiederinbetriebnahme bürger*innenfrequentierte Ämter 1211/20
Einr.: Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜND-
NIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse informierte einleitend darüber, dass die Fraktion SPD ankündigte, einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung zu stellen.

Die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache lag den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete er die Beratung und übergab das Wort.

Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, bedankte sich zunächst bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung, dass diese trotz Corona ihr Möglichstes tun. Anschließend gab sie bekannt, dass den Fraktionen E-Mails und Anrufe von Bürgern erreicht haben, dass Anträge nicht oder zu spät bearbeitet werden, was zu finanziellen Folgen für die Betroffenen führt. Auch die telefonische Erreichbarkeit sei schlecht. Es gäbe mittlerweile hilfsbedürftige Personen, welche Hilfe von Privatpersonen erhalten, um zum Beispiel online Anträge auszufüllen und einzureichen. Das Problem wurde in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung umfassend besprochen, weswegen man gegen den Verweisungsantrag der Fraktion SPD sei. Die derzeitigen Angebote reichen nicht aus, um die Bedarfe der hilfebedürftigen Menschen in Erfurt abzudecken, weswegen man unter Berücksichtigung der Sicherheit der Mitarbeiter einen Regelbetrieb allmählich wiederaufnehmen sollte. Daher fordert man, bis zum nächsten Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, im September, einen entsprechenden Plan zu erstellen.

Herr Adams, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, erinnerte daran, dass die Corona-Pandemie noch nicht vorbei sei, gab aber zu bedenken, dass es in den vorherigen 7 Tagen keine Neuinfektion in Erfurt gegeben hat. Dies sei das Ergebnis einer guten Prävention und Arbeit der Stadtverwaltung. Durch diese stark gesunkene Gefährdung bat er den Oberbürgermeister, nicht erst in den nächsten Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung darüber zu beraten, wie starkfrequentierte Ämter wieder geöffnet werden können, sondern dies bis dahin umzusetzen. Wie im Handel muss es auch in der Verwaltung möglich sein, dies dank eines Hygienekonzeptes zu ermöglichen. Es muss möglich sein direkt eine Sachbearbeiterin, einen Sachbearbeiter treffen zu können, zumal dies Bürgerfreundlichkeit signalisiert. Er bat daher um Zustimmung der Vorlage.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, schloss sich seinen Vorreden an und bat darüber nachzudenken, den Regelbetrieb der Kitas wieder aufzunehmen. Man sollte auch hier ein Signal setzen, dass man Eltern entlasten möchte. Seine Fraktion unterstützte die Vorlage vollumfänglich.

Herr Mroß, Fraktion SPD, begründete den Überweisungsantrag seiner Fraktion. Die Drucksache sei überflüssig, da man der Auffassung sei, dass die Stadtverwaltung und die Bürgermeisterin Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, das Notwendige tut, um die genannten Probleme zu beseitigen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., bat um Abstimmung der Drucksache, da die Bürger zum Beispiel im Sozialamt Hilfe benötigen und daher ein Konzept vorgelegt werden muss.

Herr Mroß, konterte, dass es im Sozialamt Sprechzeiten und Ansprechpartner gibt, sodass unkompliziert geholfen werden kann.

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., widersprach dem, da man online Termine buchen muss, welche man in der Regel erst 2 Wochen später bekommt. Dies sei für Fälle wie der Verlust des Personalausweises nicht ausreichend. Der Gang zu Behörden sollte wieder normal möglich sein.

Herr Waßmann, Fraktion CDU, bedankte sich ebenfalls bei der Verwaltung. Er räumte aber ein, dass es Ämter, wie zum Beispiel die Ausländerbehörde gibt, bei der es derzeit nicht möglich sei Dokumente zu beantragen, bei denen biometrische Daten abzugeben seien. Auch seien zugesagte Termine abgesagt worden und Sprechstunden gäbe es nicht. Von dem Konzept erhofft er sich eine gewisse Transparenz, um den Bürgern die Erreichbarkeit aufzuzeigen.

Weitere Wortmeldungen und Anträge gab es nicht, weshalb Herr Panse die Beratung schloss und zunächst über den Antrag der Fraktion SPD auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung abstimmen lies.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	16
Nein Stimmen:	19
Enthaltungen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Es folgte die Abstimmung über die Drucksache 1211/20.

beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt bis September 2020 ein Konzept zur Wiederinbetriebnahme der bürger/innenfrequentierten Ämter (Sozialamt, Jugendamt, Bürgeramt, etc.) im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vorzustellen. Ziel ist es hilfesuchenden Bürger*innen zielgerichtet Dienstleistungen, kurzfristig und auch ohne Termin, anzubieten.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt ein bürger/innenfreundliches Konzept zur Weiterbewilligung von bereits genehmigten Anträgen (z.B. Antrag BuT, Sozialausweis) zu entwickeln und dieses dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung im IV. Quartal 2020 vorzustellen.

**7.3. Auswirkungen des Windvorranggebiet Schwerborn/
Kerspleben auf Mensch und Natur begrenzen
Eintr.: Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE.**

1237/20

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende Herr Panse darüber, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Vorfeld ankündigten, die Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr verweisen zu wollen.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung und übergab das Wort.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, begründete die Dringlichkeit damit, dass der dortige Investor bereits Maßnahmen zum Bau der Windkraftträder eingeleitet hat. Windenergie sei notwendig, allerdings benötigt man dafür auch die Akzeptanz vor Ort, welches man durch frühzeitiges Einbinden der Anwohner, Ortsteilräte und Ausschüsse hätte erreichen können. Er kritisierte, dass die Ausgleichsmaßnahmen nicht vor Ort, sondern in Udestedt erfolgen sollen. Er forderte, dass die Landeshauptstadt sicherstellen muss, dass die Grenzwerte eingehalten werden.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte den Verfahrensstand in Bezug auf die zuständige Regionale Planungsgemeinschaft Mittelthüringen, welche im Regionalplanfestgelegt habe, wo Windkraftanlagen gebaut werden dürfen, also wo die Vorranggebiete sind. Der Einzelplan Wind sei 2018 beschlossen wurden. Damals wurden alle beteiligten Gebietskörperschaften angeschrieben und man hätte Stellung nehmen können. Erfurt hatte einen Hinweis gegeben, dass die Obergrenze für Windkraftanlagen bei 200 m liegt, was nach Abwägung abgelehnt wurde. Seit 2019 gäbe es einen bestätigten Plan, welcher zur Einsicht freigegeben ist. Die Ortsteilbürgermeister und der Ausschuss sind damals beteiligt gewesen und hatten die Stellungnahme der Stadtverwaltung vorliegen. Zu den Ausgleichsmaßnahmen äußerte er, dass sich die Entscheidung hierüber dem übertragenen Wirkungskreis zugeordnete werden, man an dem Grundprinzip nichts ändern, allerdings sich an der Planung beteiligen kann. Daher bat er darum, dies im Ausschuss zu behandeln.

Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben, beteuerte, von Anfang an gegen den Windkraftpark gewesen zu sein. Die 100 m-Maximalhöhe sollten als Grundlage dienen. Mittlerweile habe man 16 Windräder, was zu akzeptieren sei, nicht aber, dass die Jungvögel des Rotmilan, Schwarzmilan und Mäusebussards nicht mehr aufwachsen können, da sie von den Flügeln der Windräder zerschlagen werden. Das Umweltamt würde behaupten, dass keine toten Vögel aufgefunden wurden, was nicht verwunderlich ist, bedenkt man den umliegend hohen Fuchsbestand, welcher diese auffrisst. Seine Bürger sind für die Energiewende, gerade im Hinblick auf den Klimawandel, zumal über 30 % der Grundstücke Solarstrom generieren. Der Ortsteilrat hat sich mit 3 Beschlüssen gegen den Windpark gewehrt, was zu nichts geführt hat. Das Bauamt war gegen die Höhe von 240 m, was das Umweltamt aber abgelehnte und stattdessen mitteilte, dass als Gegenleistung Ausgleichsmaßnahmen zu dem Ort kommen werden. Man hat es nach einer aufwendigen Prozedur geschafft 150 Bäume zu bekommen.

Herr Panse unterbrach ihn, da seine Redezeit abgelaufen war, was diesem missfiel.

Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN, konnte den Antrag der Fraktion CDU nachvollziehen, kontert allerdings, dass 2016 der erste Entwurf vorgestellt wurde und damals nur 4 Ortsteile Stellungnahme abgegeben haben, Kerspleben sei nicht

dabei gewesen. Damals wurde der Antrag seiner Fraktion zum Schutz der Vögel wie dem Rotmilan usw. abgelehnt. Hätte man damals zugestimmt, hätte man etwas für die Bürger getan. Dennoch war er für Zustimmung des Antrages.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., begründete ebenfalls das Einreichen des Antrages damit, dass der Ortsteil Kerspleben seine Nöte erklärt hat und man entsprechend helfen sollte. Protokolle über Entscheidungen aus 2016 seien dabei nicht hilfreich, zumal damals noch nicht alle Akteure sensibilisiert wurden.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, begründete die Verweisung in den Ausschuss damit, dass er eine sachliche Diskussion möchte. Die Entscheidung über die Vorangebiete sollte auf Landesebene belassen werden. Er meinte, dass ein 240 m hohes Windrad auch den Vorteil bringen kann, dass die Vögel nicht so hoch fliegen würden. Seiner Meinung nach sollte man nicht Tierschützer werden wenn es um Klimaschutz geht. Er warb um Zustimmung für die Verweisung.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, beantragte eine Einzelabstimmung.

Herr Poloczek-Becher, Fraktion FDP, positionierte sich für die Vorlage und erklärte, dass die betroffenen Ortsteile sich damals gegen den Windpark ausgesprochen hatten. Er fragte die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, warum diese für 240 m hohe Windräder, aber gegen den Bau von Hochhäusern sind. Seine Fraktion sei für Offshore-Windparks, allerdings nicht in diesem Fall. Der Windpark sei für Umwelt und Natur, sowie für das Erscheinungsbild der Landeshauptstadt Erfurt massiv schädlich. Das Projekt wird beim Bau massive Schäden von Straßen und im Umland mit sich ziehen.

Herr Dr. Warweg, bat darum, die angesprochenen Problematiken noch einmal im Ausschuss unter Einbeziehung der Vertreter der Bürgerinitiative fachlich zu untersetzen. Man solle deren Bedenken aufnehmen, aber klarstellen wie das Verfahren gelaufen sei, was die Stadtverwaltung Erfurt sagte und wer der Entscheidungsträger ist. Was man noch verändern kann, sollte im Ausschuss am 28.07.2020 diskutiert und der Rest fachlich, mit Gutachten, dargestellt werden.

Herr Möller, Fraktion AfD, akzeptierte den Antrag der Fraktion CDU, stellte aber klar, dass man den Anwohnern nur das Gefühl gebe sich deren Nöte anzunehmen. Er stellte klar, dass es keine richtigen Ausgleichsmaßnahmen geben kann, gerade im Hinblick auf den Vogelschutz. Herrn Robeck belehrte er in diesem Zusammenhang, dass die Flughöhe des Rotmilans doch betroffen sei. Der Windpark hätte nicht gebaut werden dürfen, weshalb man nun überlegen muss, wie man den Bau verhindern kann. Er stellte abschließend die Frage, welcher Herr Henkel nicht mehr stellen konnte, wieso der Ortsteilrat / die Gemeinde nicht informiert wird, wenn bauliche Vorarbeiten getroffen werden.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN konterte die Frage von Hr. Poloczek-Becher mit der Frage, wie man prinzipiell für Offshore-Windparks sein kann, aber keine vor Ort zulassen möchte. Man kann nicht die Energiewende wollen, aber dies vor der eigenen Haustür verhindern wollen.

Herr Poloczek-Becher erklärte Herrn Maicher, dass er sich für die Belange der Bürger vor Ort einsetzt. Die Ortsteile Töttleben, Kerspleben und Vieselbach leiden unter der Energiewende am meisten und es sei deren Recht, ihre Bedenken zu äußern.

Herr Hose schloss sich Herrn Poloczek-Bechers Erklärung an und hinterfragte warum die Stromtrasse und die ICE-Trasse in der Stellungnahme nicht berücksichtigt werden? Er möchte eine Gesamtbetrachtung des Gebiets von der Genehmigungsbehörde und eine Antwort, warum es nicht möglich sei, vor Ort Ausgleichsmaßnahmen zu schaffen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen und Anträge gab, ließ Herr Panse zunächst über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, auf Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	19
Nein Stimmen:	15
Enthaltungen:	1

Der Antrag wurde bestätigt, weshalb die restliche Abstimmung obsolet wurde.

Verwiesen in Ausschuss Ja 19 Nein 15 Enthaltung 1 Befangen 0

8. Entscheidungsvorlagen

8.1. Besetzung Sachkundige Bürger in den Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt 0579/20 Einr.: Fraktion AfD

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse informierte darüber, dass die Drucksache im Stadtrat am 01.07.2020 vertagt wurde und der Hauptausschuss am 14.07.2020 kein Votum abgegeben hat.

Gemäß der Vereinbarung, unter Tagesordnungspunkt 2, erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache 0176/20 ohne weitere Wortmeldung.

beschlossen Ja 16 Nein 6 Enthaltung 13 Befangen 0

Beschluss

Als zweiter sachkundiger Bürger im Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt, wird für die Fraktion AfD

Herr Klaus Dieter Bongardt

berufen.

8.2. **Kommunalkpaket des Freistaates Thüringen nutzen - Eigenbetrieb Immobilien-management der Stadt Erfurt finanziell ausstatten**
Einr.: Fraktion SPD

0612/20

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse rief den Tagesordnungspunkt nach dem Tagesordnungspunkt 8.3 auf.

Einleitend informierte er über die Vorberatungsergebnisse.

Der Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache in seiner Sitzung vom 17.06.2020 bestätigt mit Änderung im Beschlusspunkt 02 (Ja 3 Nein 1 Enthaltung 6 Befangen 0).

Beschlussvorschlag

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat alle notwendigen Beschlüsse sowie den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Beteiligungen und Digitalisierung am 6. Mai 2020 zur Vorberatung und dem Stadtrat am ~~27. Mai 2020~~ **23.09.2020** zur Entscheidung vorzulegen.

In der Sitzung des Stadtrates am 01.07.2020 wurde die Drucksache vertagt.

Die Stellungnahme der Verwaltung zur Ursprungdrucksache lag den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung, welche Folgendes enthielt:

Redebeiträge von (teilweise mehrfach):

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD

Frau Hantke, Fraktion FDP

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU

Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN

Herr Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen und Wirtschaft

Die Fraktion SPD stellte die Investitionsoffensive 24 des Thüringer Landtages und ihren damit verbundene Beschluss vor und bat um Zustimmung. Sie beteuerte, dass es in der Vorlage um die Erstellung eines Wirtschaftsplanes und nicht zum Untermogeln eines Eigenbetriebes ging.

Einige Fraktionen interpretierten in die Beschlussvorlage eine Durchsetzung der Finanzierung des Eigenbetriebes Immobilienmanagement, was die Fraktion SPD abstritt. Dennoch führte der Interpretationsspielraum zu einer ablehnenden Haltung.

Die Fraktion FDP gab zu bedenken, dass Kommunalkpaketmittel nicht zur Finanzierung von Eigenbetrieben genutzt werden können, zumal diese auch keine Probleme löst, sondern nur teure neue Strukturen schafft. Durch die radikalen Kürzungen, durch den Beitrittsbeschluss, bei den Verpflichtungsermächtigungen sei der Schulnetzplan hinfällig, weswegen

ein Eigenbetrieb Immobilienmanagement ebenfalls hinfällig sei. Man sprach sich daher gegen die Vorlage aus und schloss sich der Stellungnahme der Verwaltung an.

Die Fraktion Mehrwertstadt Erfurt beantragte eine Einzelabstimmung der Beschlusspunkte, da man Beschlusspunkt 02 mittragen konnte, aber nicht den Beschlusspunkt 01.

Die Fraktion CDU erklärte, dass man mit der Vorlage signalisieren will, dass das Geld in die Schulen und Kitas fließen soll und man dadurch einen Eigenbetrieb gegebenenfalls finanziell entlasten könnte.

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN war mit der Erklärung nicht einverstanden und kritisierte, dass man einer Verweisung in den Ausschuss nicht zugestimmt hat. Man möchte keinen Stillstand bei dem Bau von Kitas und Schulen, kann der Vorlage aber wegen der möglichen Interpretationen nicht zustimmen.

Herr Linnert fasste zusammen, dass man überlegen sollte, wie man die Schulen und Kitas finanzieren kann und keine Debatten über mögliche Interpretationen führen sollte.

Weitere Wortmeldungen gab es keine, weswegen der Stadtratsvorsitzende die Beratung schloss und mit der Abstimmung über den Antrag der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte, begann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 23

Enthaltungen : 3

Der Antrag wurde abgelehnt.

Es folgte die Abstimmung über die Drucksache 0612/20 in Fassung der Änderung des Ausschusses für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben und eine anschließenden 10-minütigen Belüftungspause.

mit Änderungen beschlossen Ja 17 Nein 7 Enthaltung 14 Befangen 0

Beschluss

01

Die zusätzlichen Einnahmen durch das Kommunalpaket des Freistaates Thüringen i. H. v. 56.497.817 Euro 2020-2024 sind ausschließlich für Schulen sowie Kindergärten und damit zur Finanzierung des Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Stadt Erfurt einzusetzen.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat alle notwendigen Beschlüsse sowie den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Beteiligungen und Digitalisierung am 6. Mai 2020 zur Vorberatung und dem Stadtrat am 23.09.2020 zur Entscheidung vorzulegen.

**8.3. Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung 0970/20
der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der
1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das
Haushaltsjahr 2020
Einr.: Oberbürgermeister**

Frau Pelke, stellvertretende Stadtratsvorsitzende, rief den Tagesordnungspunkt 8.3, wie vereinbart, vor dem Tagesordnungspunkt 8.2 und nach dem Tagesordnungspunkt 8.11 auf.

Einleitend informierte sie über das Vorberatungsergebnis und vorliegende Anträge.

Der Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache in seiner Sitzung vom 08.07.2020 bestätigt (Ja 6 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 1193/20 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um neue Beschlusspunkte 01, 02 und 03. Die alten Beschlusspunkte 01 und 02 wurden zu Beschlusspunkt 04 und 05.

Des Weiteren lag ein Ergänzungsantrag der Fraktion CDU in Drucksache 1206/20 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen Prüf-/Begleitantrag.

Es lag zu dem Ergänzungsantrag ein Änderungsantrag der Fraktion CDU in Drucksache 1231/20 vor. Dieser änderte die Punkte 2 und 3 des Beschlusspunktes 03.

Es gab einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. über die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte des Antrages der Fraktion CDU in Drucksache 1231/20.

Des Weiteren lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 1240/20 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen Beschlusspunkt 03.

Es lag ein Antrag der Fraktionen CDU und SPD in Drucksache 1234/20 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um Beschlusspunkte 03 bis 07.

Auf Grund fehlender Vorberatung der Drucksachen 1193/20, 1231/20, 1234/20 und 1240/20 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der Gescho, in seiner Sitzung vom 14.07.2020, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Es lag nun ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. in Drucksache 1255/20 vor. Dieser änderte den Beschlusstext in Beschlusspunkt 03 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (Drucksache 1240/20).

Des Weiteren lag ein Antrag der Fraktion FDP in Drucksache 1257/20 vor. Dieser hätte die Ursprungsdrucksache um die Beschlusspunkte 03 und 04 ergänzt. Eine Behandlung dieses Antrages entfiel aber, da er bei der Aufnahme in die Tagesordnung keine Mehrheit erhielt (siehe Tagesordnung 3).

Die Stellungnahmen der Verwaltung zur Ursprungsdrucksache sowie zu den Änderungsanträgen, außer der Drucksache 1257/20, lagen den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete sie die Beratung und übergab das Wort.

Herr Panse, Fraktion CDU und Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben, erklärte, dass man bereits anhand des langen Vortrages von Frau Pelke sieht, wie viel Diskussionsbedarf besteht und allen bekannt sei, welche finanziell ungemütliche Zeiten bevorstehen. Der Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben habe sich zu einem "Sparausschuss" entwickelt. Er begründete dies damit, dass der Nachtragshaushalt durch das Landesverwaltungsamt in Weimar nur genehmigt werden, wenn der vorgesehene Beitrittsbeschluss gefasst werde. Dies hätte gravierende Auswirkungen auf den städtischen Haushalt. Die Landeshauptstadt erlangt zwar eine Planungssicherheit, die aber nur realisierbar sei, wenn die finanziellen Mittel es auch zulassen. So hat die Rechtsaufsichtsbehörde 37 Mio. EUR für Verpflichtungsermächtigungen als Grenze gesetzt, was Einfluss auf die Sanierung und den Bau von 12 Schulen und 11 Kitas hat. Für das Promenadendeck benötigt man neue Verpflichtungsermächtigungen, da Mehrkosten von ca. 13 Mio. EUR entstanden sind. Seiner Meinung nach sollte man über die Möglichkeit diskutieren, die Bewilligungszeiträume für Fördermittel des Landes zu verlängern. Mit dem neuen Beschlusspunkt 03, gemäß dem Antrag der Fraktion SPD, dem die Fraktion CDU mit Nachricht vom heutigen Tage beigetreten ist (Drucksache 1234/20) möchte man ein Konzept Prioritätensetzung im städtischen Haushalt erhalten und damit auch die dauernde Leistungsfähigkeit im Haushalt 2021/2022 erhalten. Man benötigt einen Handlungsleitfaden für die nächsten Jahre. Die Verpflichtungsermächtigungen, welche gestrichen wurde, sollten prioritär bei der Aufstellung des Haushalts betrachtet werden. Er warb um Zustimmung zum gemeinsamen Antrag.

Nach dem Wortbeitrag übernahm Herr Panse wieder die Sitzungsleitung.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, war gegen die Haltung, dass die Fördermittel in die Schulsanierung fließen sollen, da das Promenadendeck gebaut werden sollte, weil die derzeitige Brücke am Verfall und Barrierefreiheit kein Luxusgut sei. Er warb für den Antrag seiner Fraktion und bat um nachfolgende Protokollnotiz.

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN übernahm den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE., Drucksache 1255/20, und wollte in entsprechender Fassung abstimmen lassen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Wichtigkeit des Beitrittsbeschlusses und der Finanzierung des Promenadendecks, welche wiederum wichtig für die ICE-City sei. Die Fördermittel des Landes dienen dem Brückenbau und nicht der Schulsanierung. Sollte man mit dem Bau jetzt nicht beginnen, werden die Kosten steigen. Man sollte die Drucksache daher heute beschließen und den Haushalt für die Folgejahre vorbereiten. Sie beantragte eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte beim Antrag der Fraktion CDU und SPD (Drucksache 1234/20) und zog den Einzelabstimmungsantrag über die Beschlusspunkte des Antrages der Fraktion CDU in Drucksache 1231/20 zurück.

Herr Poloczek-Becher, Fraktion FDP, ging auf die langfristigen finanziellen Folgen der Corona-Pandemie ein. Bereits jetzt gäbe es massive Streichungen bei Kitas, Schulen und sogar bei der Feuerwehr. Sollte das Promenadendeck dennoch gebaut werden, wird man bei den Bürgern auf Missverständnis stoßen. Seine Fraktion wird sich enthalten und nur den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN anschließen. Den eigenen Antrag (Drucksache 1257/20) zog er namens seiner Fraktion zurück.

Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN, erklärte, dass niemand die jetzige, durch das Landesverwaltungsamt entstandene, Situation hätte vorhersehen können. Er verstand die Beweggründe des Prüfantrages der Fraktion CDU, machte aber klar, dass man die geplanten Vorhaben nicht stoppen und auch keine Abstriche bei der Schulsanierung machen soll. Die gestrichenen Vorhaben sollen im Haushalt 2021/2022 berücksichtigt werden. Seine Fraktion wird sich daher den Anträgen der Fraktionen CDU und SPD, auch der Vorlage des Oberbürgermeisters anschließen.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, machte klar, dass man umsichtiger planen, umdenken und Prioritäten setzen muss. Der Haushalt sei in Ordnung, einzig die Verpflichtungsermächtigungen sorgen für Probleme, da diese nicht mithilfe von Krediten finanziert werden dürfen. Seine Fraktion sah den Beschluss als Chance eine Planungssicherheit zu schaffen. Der gemeinsame Ergänzungsantrag mit der Fraktion CDU soll ein Konzept zur Prioritätensetzung geben. Zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN äußerte er sich ablehnend, da derzeit nur ein solider Einjahreshaushalt aufgestellt werden kann. Er warb um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erklärte zu der Finanzierung des Promenadendecks, dass man $\frac{1}{4}$ der Gesamtkosten verschwenden würde, sollte man den Bau jetzt nicht durchführen. Die Brücke sei ein wichtiger Bestandteil der Stadtentwicklungsmaßnahmen, an welche die ICE-City hängt.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, zeigte sich erleichtert, dass das Landesverwaltungsamt der Stadtverwaltung Erfurt Einhalt geboten hat, da man den Nachtragshaushalt extrem kritisch ansieht. Anschließend erklärte er den eingereichten Antrag seiner Fraktion, welcher eine Sammlung an Einsparungen durch die Senkung der Mehrwertsteuer beinhaltet, mit dem Ziel diese für die Schulsanierung zu verwenden.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, erklärte, dass es keine Einigkeit innerhalb der Fraktion gäbe. Er war der Ansicht, dass die Landeshauptstadt über ihre Verhältnisse gelebt und geplant hat. Das Landesverwaltungsamt möchte dies nun aufbessern. Er fragte, wie viele Fördermittel wieder zurückgegeben werden müssen und kündigte an einen entsprechenden Antrag zu stellen. Für ihn hat der Bau des Promenadendecks, im Gegensatz zur Stadtverwaltung, keinerlei Priorität und sei lediglich ein Luxusgut.

Herr Hilge, Beigeordneter für Bau und Verkehr, konterte, dass die Stadt nicht über ihre Verhältnisse lebt. Alle geplanten Projekte seien für die Entwicklung der Landeshauptstadt wichtig. Die verschobene Finanzierung, so räumte er ein, sei nicht mit der Größe Erfurts im Einklang. Die Anträge wären seiner Meinung nach alle einzeln betrachtet berechtigt. Die Brücke sei aber ein dringender Bedarf, welcher an viele Projekte zur Stadtentwicklung gebunden sei. Er erklärte sich dazu bereit, an einer Diskussion im nächsten Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben zu beteiligen. Mit dem Antrag der Fraktion CDU war er einverstanden und forderte, im nächsten Haushalt, mehr Planungsdisziplin ein. Dass was nun beschlossen werden soll, wird man seiner Auffassung nach auch schaffen umzusetzen.

Herr Vothknecht, Fraktion CDU, beantragte eine Einzelabstimmung der Beschlusspunkte des Antrags der Fraktion AfD.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Nach Abschluss der Beratung ließ der Stadtratsvorsitzende die Drucksache sowie den vorliegenden Anträgen abstimmen.

Zunächst ließ Herr Panse über den Antrag der Fraktion CDU auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte des Antrags der Fraktion AfD in Drucksache 1193/20 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	22
Enthaltungen:	2

Der Antrag wurde abgelehnt, weswegen die Abstimmung über den Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 1193/20 folgte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	28
Enthaltungen:	3
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Es folgte die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion CDU (Drucksache 1206/20) in Fassung des Antrages mit Drucksache 1231/20.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	21
Enthaltungen:	2
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Einzelabstimmung des Antrages der Fraktionen CDU und SPD.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	17
Enthaltungen:	4

Der Antrag wurde abgelehnt, weswegen die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD in Drucksache 1234/20 erfolgte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	4
Befangen:	0

Der Antrag wurde bestätigt.

Es folgte die Abstimmung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 1240/20 in Fassung der Änderungen aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. in Drucksache 1255/20.

Abstimmungsergebniss:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	22
Enthaltungen:	1
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abschließend erfolgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache 0970/20 in Fassung des bestätigten gemeinsamen Änderungsantrags der Fraktionen C DU und SPD in Drucksache 1234/20.

Nach der Abstimmung wurde die Sitzung mit Tagesordnungspunkt 8.2 fortgesetzt.

mit Änderungen beschlossen Ja 29 Nein 7 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

01

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt tritt der Genehmigung des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 18.05.2020 zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 nebst Anlagen der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2020 bei.

02

Die geänderte 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 sowie die Anpassung der Anlagen zum 1. Nachtragshaushaltsplan 2020 (Gesamtplan, Haushaltsquerschnitt, Vermögenshaushalt, Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen) gemäß Anlagen werden beschlossen.

03

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben bis zum 4. Quartal 2020, ein Konzept zur Prioritätensetzung im städtischen Haushalt 2021 ff. vorzulegen.

04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Verwaltungshaushalt im aufzustellenden Haushalt 2021 mit Minderausgaben i. H. v. von insgesamt 1 % sowie den Haushalt 2022 mit 2 % gegenüber dem Haushaltsansatz im Doppelhaushalt 2019 zu planen. Hierfür sind dem Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben im Oktober 2020 Haushaltseckpunkte vorzulegen.

05

Das vorzulegende Konzept beinhaltet u. a. eine Priorisierung der Investitionsmaßnahmen im Vermögenshaushalt. Investitionen in Schulen und Kindergärten, die nach dem Beitrittsbeschluss nicht mehr durch Verpflichtungsermächtigungen gedeckt sind, genießen hierbei oberste Priorität.

06

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, für alle Investitionsmaßnahmen Prioritätenlisten nach Vorbild des „Programms zur Erhaltung und zum Ausbau von Betreuungsangeboten in Kindertageseinrichtungen“ oder des „Feuerwehrbedarfsplanes“ bzw. des „Standort- und Technikkonzeptes“ vorzulegen.

07

In den Haushaltsentwurf 2021 dürfen nur Investitionen aufgenommen werden, bei denen die Voraussetzungen nach § 10 ThürGemHV vorliegen. Die dauernde Leistungsfähigkeit soll planungsseitig mindestens 5 Mio. Euro in 2021 betragen.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 1a, 1b, 1c und 1d beigelegt.)

8.3.1. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0970/20 - Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2020 1193/20

abgelehnt Ja 6 Nein 28 Enthaltung 3 Befangen 0

8.3.2. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0970/20 - Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2020 1206/20

abgelehnt Ja 14 Nein 21 Enthaltung 2 Befangen 0

8.3.2.1. Antrag der Fraktion CDU zur DS 1206/20 - Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0970/20 - Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für da 1231/20

abgelehnt Ja 14 Nein 21 Enthaltung 2 Befangen 0

8.3.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 0970/20 - Beitrittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2020 1240/20

abgelehnt Ja 14 Nein 22 Enthaltung 1 Befangen 0

- 8.3.3.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 1240/20 - 1255/20
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur
Drucksache 0970/20 [...] zur Drucksache 0970/20 (Bei-
trittsbeschluss)

abgelehnt Ja 14 Nein 22 Enthaltung 1 Befangen 0

- 8.3.4. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0970/20 - Bei- 1234/20
trittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der
1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1.
Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das
Haushaltsjahr 2020

bestätigt Ja 30 Nein 3 Enthaltung 4 Befangen 0

- 8.3.5. Antrag der FDP-Fraktion zur Drucksache 0970/20 - Bei- 1257/20
trittsbeschluss zur rechtsaufsichtlichen Würdigung der
1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 - Änderung der 1.
Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Erfurt für das
Haushaltsjahr 2020

zurückgezogen

- 8.4. Besetzung der sachkundigen Bürger:innen für die Frakti- 1065/20
on DIE LINKE
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Pelke, die nun wieder die Sitzungsleitung für den Rest der Sitzung übernommen hatte, informierte einleitend darüber, dass die Drucksache im Stadtrat am 01.07.2020 vertagt wurde und der Hauptausschuss in seiner Sitzung vom 14.07.2020 kein Votum abgegeben hat.

Des Weiteren informierte sie über die Ankündigung der der Fraktion CDU auf Einzelabstimmung der sachkundigen Bürger des Ausschusses Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung, sowie aller Werkausschüsse. Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU bestätigte den Antrag, dass beantragt wird, die vorgeschlagene Personen zur Besetzung des Ausschusses Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung und Werkausschüsse einzeln, die anderen Ausschüsse und Vorgeschlagenen im Block abzustimmen.

Da es keine Wortmeldungen gab, ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst über den Antrag auf Einzelabstimmung, wie von Herrn Hose vorgetragen, abstimmen.

Abstimmungsergebniss:

Ja-Stimmen: 24
Nein-Stimmen: 11
Enthaltungen: 2

Der Antrag wurde bestätigt.

Anschließend ließ Frau Pelke, entsprechend des Einzelabstimmungsantrages, zunächst über eben jene sachkundigen Bürger abstimmen.

Fr. Höfer wurde mit 37 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen einstimmig bestätigt

Hr. Schulz wurde mit 24 Ja 10 Nein 3 Enthaltungen 0 Befangen bestätigt

Anschließend wurden über die übrigen sachkundigen Bürger im Block abgestimmt. Alle wurden einstimmig bestätigt.

beschlossen

Beschluss

Die Fraktion DIE LINKE. beruft nachfolgende sachkundige Bürger/innen:

Ausschuss für Bildung und Kultur:

Herrn Falko Stolp

Herrn Björn Schorr

Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben:

Frau Katrin Wagner

Herrn Andreas Schuster

Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung:

Frau Sarah Schwarz

Herrn Konstantin Fuchs

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr:

Frau Annegret Brosemann

Herrn Matthias Plhak

Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung sowie alle Werkausschüsse:

Frau Angelika Höfer

Herrn Norman Schulz

Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt:

Herrn Bernhard Schiffmann

Herrn Thomas Schmidt

Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt:

Frau Dr. Barbara Glaß

Herrn Jürgen Zerull

8.5. Spielen, Bolzen und Verweilen im Rieth
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

1109/20

Einleitend informierte die stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Pelke über das Vorberatungsergebnis und die vorliegenden Anträge.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 01.07.2020 die Dringlichkeit nicht bestätigt (Ja 17 Nein 24 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD in Drucksache 1235/20 vor. Dieser ersetzte den Beschlusspunkt 01 der Ursprungsdrucksache und ergänzte ihn um einen Beschlusspunkt 03.

Des Weiteren lag ein Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 1236/20 vor. Dieser änderte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache und ergänzte ihn um einen Beschlusspunkt 03.

Auf Grund fehlender Vorberatung der Drucksachen 1109/20, 1235/20, 1236/20 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 14.07.2020, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Es lag ein angekündigter Antrag der Fraktion FDP auf Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umweltschutz, Klima und Verkehr vor.

Die Stellungnahmen der Verwaltung zur Ursprungsdrucksache sowie zu den Änderungsanträgen, außer der Drucksache 1235/20, lagen den Fraktionen vor.

Frau Pelke eröffnete anschließend die Beratung und übergab das Wort.

In der darauffolgenden Debatte ging es inhaltlich um Folgendes:

Redebeiträge von:

- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
- Herr Malik, 2. stellvertretender Ortsteilbürgermeister Rieth
- Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
- Herr Poloczek-Becher, Fraktion FDP
- Herr Mroß, Fraktion SPD
- Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU
- Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD

Die Fraktionen waren sich einig, dass sich die Lage im Rieth mit dem Bau eines Zaunes durch die KoWo mbH um den Spielplatz zugespitzt hat und eine Lösung gefunden werden muss. Uneinig war man sich über den Umfang der Lösung, da man zum Teil eine allgemeine Lösung für ganz Erfurt herbeiführen wollte.

Der Vertreter des Ortsteilrates Rieth erklärte, im Oktober 2019 eine Arbeitsgruppe gegründet zu haben, um Maßnahmen zu finden, wie z. B. die Lärmbelastung vor Ort reduziert und der Bau eines Zaunes zu hindern werden kann. Nun wurde ohne Einbeziehung des Ortsteilrates von der KoWo mbH ein Zaun gebaut und Öffnungszeiten des Spielplatzes festgelegt. Daher bat man um Prüfung der Sinnhaftigkeit des gebauten Zaunes.

Die Fraktion DIE LINKE. sehnte eine rasche Lösung zum Wohle der Kinder im Rieth herbei, lehnte daher den Verweisungsantrag ab. Sie warb für den Antrag ihrer Fraktion und verkündete den Beschlusspunktes 02 des Antrags der Fraktion CDU mit aufnehmen zu wollen. Die übrigen Anträge benötigen eine langfristige Planung, auch wenn sie gute Vorschläge, wie ein Stadtteilzentrum, beinhalten, welche separat beantragt werden sollen.

DIE Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erklärte, dass ein Zaun nur zur Vertreibung und "Ghettoisierung" führt. Sie warb dafür, neben den umzäunten Spielplatz eine Freifläche zur Nutzung zu schaffen und bat gleichzeitig die KoWo mbH darum, den Bau des Zauns zu überdenken und gegebenenfalls abzubauen. Man vermutete, dass durch die Corona-Pandemie und der damit verbundenen verminderten Freizeitangebote, dies zu einem enormen Andrang bei dem Spielplatz und damit zu einer Steigung der Lärmbelastung führte, was letztlich den Ausschlag für den Bau gegeben haben könnte. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. befürworteten und unterstützten sie. Die Änderungsanträge für eine langfristige Lösung befürworteten sie, wollten für diese eine separat Entscheidung mit Vorberatung im Ausschuss.

Die Fraktion FDP verteidigte die KoWo mbH, da diese eine Konfrontation zwischen Mietrecht und Lärmbelästigung ausgesetzt war. Die Mieter der KoWo mbH forderten auf Grund der Lärmbelastung nachts, durch die Nutzung des Spielplatzes, eine Mietpreisminderung ein, was zu einem wirtschaftlichen Schaden für die Vermieterin führte. Um diesen Missstand auszuräumen, sah sich die KoWo mbH gezwungen einen Zaun zu errichten, zumal vorherige Bestrebungen, wie Gespräche durch Sozialarbeiter, erfolglos blieben. Man verstand zwar die Intention, eine rasche Lösung des Problems finden zu wollen, bat aber um Verweisung, da das Problem der Lärmbelästigung bei Spiel- und Sportplätzen in ganz Erfurt vorhanden sei und generell behandelt werden sollte.

Die Fraktion SPD zog ihren Änderungsantrag zurück um eine temporäre Lösung zuzulassen und ihn als eigenständigen Antrag, gerne interfraktionell für die Sitzung im September 2020 vorzulegen. Man wollte so den Vorschlag zur Errichtung eines Stadtteilzentrums von dem des Spielplatzes separieren.

Die Fraktion CDU erklärte, dass neben der Ruhestörung, auch Vandalismus und Drogenhandel als Problem im Rieth langfristig bekannt war und hinterfragte was die Stadtverwaltung in den letzten Jahren dagegen habe. Diese Konzeptlosigkeit habe die KoWo mbH dazu getrieben das Problem konsequent im Sinne ihrer Mieter mit einem Zaun zu managen. Kurzfristig stimmte man der Schaffung einer Spielfläche zu, langfristig sollte man aber an ein Konzept arbeiten, was zu einer Beseitigung der Missstände und Unterstützung des Stadtteils führt.

Nach Abschluss der Beratung erfolgte die Abstimmung der Drucksache sowie der vorliegenden Anträge.

Zunächst erfolgte die Abstimmung des Antrages der Fraktion FDP, auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umweltschutz, Klima und Verkehr.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	6
Nein Stimmen:	27
Enthaltungen:	9

Der Antrag wurde abgelehnt.

Da der Antrag der Fraktion SPD zurückgezogen wurde, folgte die Abstimmung über den Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 1236/20.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	41
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	1
Befangen.	0

Der Antrag wurde bestätigt.

Abschließend erfolgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache 1109/20 mit den bestätigten Änderungen.

mit Änderungen beschlossen Ja 31 Nein 1 Enthaltung 9 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragen, die Grünfläche hinter den Punkthochhäusern Mainzer Straße temporär als Spiel- und Freizeitfläche anzubieten.

02

Der Oberbürgermeister wird weiter beauftragt, Gespräche mit dem Ortsteilrat Rieth, den anliegenden Wohnungsgenossenschaften, den zuständigen sozialen Trägern, den ansässigen Schulen und der Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt zu führen. Ziel ist es, gemeinsam ein Konzept für die soziale und die entsprechende räumliche Infrastruktur zu erstellen, um insbesondere jungen Menschen bessere Freizeitmöglichkeiten zu bieten. Dabei soll beispielsweise über finanzielle Mittel für Spielgeräte (z. B. Fußballtore), Installation und kontinuierliche Grünpflegearbeiten und deren Realisierung nachgedacht werden.

03

Konkrete Maßnahmen sind dem zuständigen Ausschuss bis Ende 2020 vorzulegen.

8.5.1. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1109/20 - Spielen, Bolzen und Verweilen im Rieth 1235/20

zurückgezogen

8.5.2. Antrag der Fraktion zur Drucksache 1109/20 - Spielen, Bolzen und Verweilen im Rieth 1236/20

bestätigt Ja 41 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

8.6. Berufung sachkundiger Bürger der Fraktion FDP für die Ausschüsse des Stadtrates 1111/20
Einr.: Fraktion FDP

Die stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Pelke informierte darüber, dass der Stadtrat die Drucksache in der Sitzung am 01.07.2020 vertagte und der Hauptausschuss am 14.07.2020 kein Votum abgegeben hat.

Gemäß Vereinbarung des TOP 3 erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache ohne weitere Wortmeldungen.

beschlossen Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Für die FDP-Fraktion werden auf Grundlage des Beschlusses Drucksache 1064/20 entsprechend des § 25 der GeschO des Stadtrates für die Fachausschüsse folgende sachkundige Bürger berufen:

- Ausschuss für Bildung und Kultur: Jens Panse, Christoph Hubrich
- Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben: Steffen Peter
- Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung: Christoph Feest, Enrico Schaarschmidt
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr: Marc Frings, Wolfhard Möller
- Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitales sowie alle Werkausschüsse: Stefan Carl, Jürgen Lange
- Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt: Herbert Rudovsky, Jens Bose
- BUGA-Ausschuss: Cordula Frankenhäuser

8.7. Angebote für Thüringer Schausteller ermöglichen 1113/20
Einr.: Fraktion FDP

Die stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Pelke informierte einleitend über die Vorberatungsergebnisse und einen vorliegenden Änderungsantrag.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 01.07.2020 die Dringlichkeit der Drucksache nicht bestätigt (Ja 27 Nein 16 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD in Drucksache 1244/20 vor. Diese änderte den Beschlusstext der Ursprungsdrucksache.

In der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur wurde die Drucksache am 14.07.2020 mit Änderung bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Auf Grund fehlender Vorberatung der Drucksachen 1113/20 und 1244/20 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 14.07.2020, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen. Diese Entscheidung viel vor der Durchführung der Sondersitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur am späteren Abend.

Die Stellungnahmen der Verwaltung zur Ursprungsdrucksache sowie zum Änderungsantrag lagen den Fraktionen vor.

Sie gab den Hinweis, dass bei erfolgreicher Abstimmung des Antrags der Fraktion SPD in Drucksache 1244/20, die Abstimmung der Ursprungsdrucksache entfällt.

Anschließend eröffnete Frau Pelke die Beratung und übergab das Wort.

Herr Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, erklärte, dass unter Beteiligung von Vertretern der Schausteller ausführlich im Ausschuss für Bildung und Kultur über das Thema debattiert wurde. Dabei kam zutage, dass die Schausteller zum Teil unter persönlicher Not leiden und die Verwaltung diese begleiten sollte. Man sollte die Sondernutzung im öffentlichen Raum für einzelne Fälle prüfen.

Herr Poloczek-Becher, Fraktion FDP, erklärte, dass seine Fraktion bereit sei den Änderungsantrag der Fraktion SPD komplett übernehmen zu wollen und warb um Zustimmung. Man wolle den Schaustellern in Erfurt und näheren Umgebung helfen und Angebote schaffen.

Herr Dr. Knoblich, Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung, befürwortete die Anträge, erklärte aber, dass die Verwaltung bereits Maßnahmen eingeleitet hat um die Schausteller zu unterstützen. Man sei dabei Alternativen zum Oktoberfest, in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt, zu erarbeiten um möglichst viele Schausteller auf dem Domplatz zu ermöglichen. Allerdings seien die Flächen in der Innenstadt problematisch. In der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur wurde sich auf Prüfaufträge verständigt, um Ausweichmöglichkeiten an Ortsteilen und andere Plätzen zu finden.

Frau Hantke, Fraktion FDP, betonte nochmals, dass es in den Antrag ihrer Fraktion nicht nur um die Innenstadt, sondern auch um die Gebiete außerhalb ginge.

Nach Abschluss der Beratung ließ die stellvertretende Stadtratsvorsitzende über den Antrag der Fraktion SPD in Drucksache 1244/20 abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen	40
Nein- - Stimmen	0
Enthaltungen	1
Befangen	0

Der Antrag wurde bestätigt, womit die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache 1113/20, wie vorher angekündigt, obsolet wurde. Die Drucksache wurde entsprechend des Änderungsantrages beschlossen.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

rechtlich in dieser Form nicht umsetzen. Die Intention des Antrages selbst, befürwortet man. Den überregionalen Vorwurf, man würde Unterschiede zwischen öffentliche und private Veranstaltern machen, wies er zurück. Der Antrag könnte die Vielfalt der Kulturschaffenden erhöhen, was er befürwortete.

Nach Abschluss der Beratung ließ die stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die Ursprungsdrucksache in Fassung des Antrages der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und Mehrwertstadt Erfurt in Drucksache 1223/20 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	7
Befangen:	0

Der Antrag wurde bestätigt, weswegen eine Abstimmung über die Ursprungsdrucksache obsolet wurde.

mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 4 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

01

Die Stadt Erfurt setzt sich beim Land für finanzielle Unterstützung zur Kulturförderung und zum Kulturerhalt infolge der Corona-Krise ein.

02 „Kulturdirektion hilft“

2.1

Die Kulturdirektion fungiert als Ansprechpartnerin und Beratungsstelle für Kulturschaffende. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden ist die Stelle des Kulturlotsen bis Ende des 3. Quartals 2020 auszuschreiben und zu besetzen.

2.2

Die Kulturdirektion unterstützt bei der Suche nach geeigneten Freiflächen, um unter geltenden Corona-Bestimmungen Veranstaltungen draußen durchführen zu können. Sie versucht Flächen bereitzustellen, welche Veranstaltungen bis 24 Uhr zulassen.

2.3

Die Kulturdirektion unterstützt und berät Kulturschaffende dabei, benötigte Genehmigungen und Hygienekonzepte zu erarbeiten und einzuholen, um Veranstaltungen mit möglichst vielen Menschen unkompliziert zu ermöglichen. Hierbei tritt die Kulturdirektion vermittelnd zwischen den beteiligten Ämtern und Akteuren auf, um zulässige Veranstaltungsformate zu erarbeiten.

2.4

Die Kulturdirektion prüft die Verwendung von „seltenen Ereignissen“ gemäß des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit der Sechsten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum BImSchG (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm)

zugunsten der kulturellen Veranstaltungen der Sozio- und Breitenkultur. Für die Vergabe entwickelt die Kulturdirektion ein geeignetes Verfahren. Die Stadtverwaltung prüft, unter Federführung der Kulturdirektion, die Zulässigkeit und Ermöglichung von Veranstaltungen bis 24 Uhr oder länger, sowie die Bedingungen dafür.

03

Die Stadtverwaltung verzichtet im Jahr 2020 auf die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung. Des Weiteren prüft die Stadtverwaltung, unter Federführung der Kulturdirektion, welche Gebühren für weitere notwendige Genehmigungen erlassen oder reduziert werden können, sowie durch Hilfestellung der Kulturdirektion erleichtert werden können.

8.8.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1116/ 20 - Clubkultur retten 1139/20

zurückgezogen

8.8.2. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 1116/20 - Clubkultur retten 1223/20

bestätigt Ja 30 Nein 4 Enthaltung 7 Befangen 0

8.9. Berufung sachkundiger Bürger der Fraktion der AfD für die Ausschüsse des Stadtrates 1141/20
Einr.: Fraktion AfD

Die stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Pelke informierte einleitend über das Vorberatungsergebnis des Hauptausschusses vom 14.07.2020, welcher kein Votum abgab.

Gemäß der Vereinbarung, unter Tagesordnungspunkt 3, erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache 1141/20 ohne weitere Wortmeldung.

abgelehnt Ja 10 Nein 13 Enthaltung 14 Befangen 0

8.10. Berufung sachkundiger Bürger der Fraktion CDU für die Ausschüsse des Stadtrates 1142/20
Einr.: Fraktion CDU

Die stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Pelke informierte einleitend über das Vorberatungsergebnis des Hauptausschusses vom 14.07.2020, welcher kein Votum abgab.

Gemäß der Vereinbarung, unter Tagesordnungspunkt 3, erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache 1142/20 ohne weitere Wortmeldung.

beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Auf Grundlage des Beschlusses der Drucksache 1064/20 entsprechend des §25 der GeschO des Stadtrates für die Fachausschüsse, werden seitens der CDU-Fraktion, die folgenden sachkundigen Bürger berufen:

Ausschuss für Bildung und Kultur:

- Dr. Steffen Raßloff
- Dr. Jürg Kasper

Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben:

- Jörg Orschewsky
- Dirk Schlegelmilch

Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung:

- Mandy Grabe
- Bianca Rudolph

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr:

- Hans-Georg Herb
- Erhard Henkel

Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitales sowie alle Werksausschüsse:

- Lars Kossack
- Dr. Wolfgang Weiskopf

Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt:

- Christian Kremer
- Thomas Hutt

BUGA-Ausschuss:

- Rowald Staufenbiel
- Philipp Krause

8.11. Wahl zum stellvertretenden Mitglied im Jugendhilfeausschuss 1144/20
Einr.: Fraktion AfD

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 8.1 behandelt.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, rief zur Wahl – Wahl zum stellvertretenden Mitglied im Jugendhilfeausschuss – auf und stellte zunächst die Anzahl der anwesenden Mitglieder des Stadtrates mit 39 Stimmberechtigten fest.

Der Hauptausschuss gab in seiner Sitzung am 14.07.2020 kein Votum ab.

Herr Panse erklärte, dass jedes Mitglied des Stadtrates zur Wahl des neuen Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses eine Stimme hat und nach § 39 Abs. 2 ThürKO, derjenige gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Dies bedeutete, man benötigt 20 Stimmen und gewählt zu werden, erläuterte Herr Panse.

Auf Grund der Pandemiebestimmungen wurden die Mitglieder des Stadtrates einzeln zur Wahl aufgerufen.

Anschließend rief er zunächst die Mitglieder der Wahlkommission, nacheinander und anschließend alle übrigen Mitglieder, der Sitzreihen entsprechend, einzeln, zur Stimmabgabe in die Wahlkabine auf. Abschließend begab sich der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, selbst zur Wahl.

Herr Gillmann, Stadtratsreferent, verkündete das Ende der Wahlhandlung, nachdem alle anwesenden Stadtratsmitglieder von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hatten. Es folgte eine 10-minütige Belüftungspause.

Nach der Pause übergab Frau Pelke, stellvertretende Stadtratsvorsitzende die zwischenzeitlich die Sitzungsleitung übernommen hatte, das Wort an Herrn Gillmann, sodass dieser das Wahlergebnis wie folgt verkündete:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	39
erforderliche Mehrheit:	20
Stimmen für Herr Mario Czypionka:	22

Damit war Herr Mario Czypionka als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Anschließend fuhr Frau Pelke mit der Tagesordnung fort und rief den Tagesordnungspunkt 8.3 auf, wie unter Tagesordnungspunkt 3 vereinbart.

beschlossen

Beschluss

Als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für Herrn Aust wird

Herr Mario Czypionka

in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

8.12. Sachkundige Bürgerinnen und Bürger SPD-Fraktion 1145/20
Einr.: Fraktion SPD

Die stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Pelke informierte einleitend über das Vorberatungsergebnis des Hauptausschusses vom 14.07.2020, welcher kein Votum abgab.

Gemäß der Vereinbarung, unter Tagesordnungspunkt 3, erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache 1145/20 ohne weitere Wortmeldung.

beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Fraktion SPD beruft nachfolgende sachkundige Bürgerinnen und Bürger:

Ausschuss für Bildung und Kultur:

- Herrn Ralf Jungnickel
- Frau Martina Roth

Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben:

- Frau Katrin Gabor
- Herrn Dr. Alfred Müller

Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung:

- Herrn Prof. Dr. Eckard Giese
- Herrn Robert Büssow

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr:

- Frau Annett Guba-Nonn
- Herrn Phillippe Wolff

Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung sowie alle Werkausschüsse:

- Herrn Siegfried Kluge
- Herrn Thomas Trier

Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt:

- Herr Torsten Frenzel
- Herr Axel Hoppe

Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt:

- Frau Karin Baier
- Herr Wolfgang Metz

8.13. Benennung sachkundige Bürger für die Ausschüsse 1146/20
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN

Die stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Pelke informierte einleitend über das Vorberatungsergebnis des Hauptausschusses vom 14.07.2020, welcher kein Votum abgab.

Gemäß der Vereinbarung, unter Tagesordnungspunkt 3, erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache 1146/20 ohne weitere Wortmeldung.

beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Für die Fraktion Freie Wähler/PIRATEN werden die sachkundigen Bürger für die Ausschüsse wie folgt berufen.

Ausschuss BuK:

- Herr Albert Opfermann
- Herr Frederic Schulz

Ausschuss FRV:

- Herr Tim Staupendahl

Ausschuss SAG:

- Frau Undine Herr
- Herr René Strobach

Ausschuss SBUKV:

- Herr Stefan Schade
- Herr Markus Walloschek

Ausschuss WBD:

- Herr Christian Fischer
- Herr Klaus Schmantek

Ausschuss OSOE:

- Herr Jens Haase

BUGA-Ausschuss:

- Frau Elke Bechstedt
- Herr Horst Möser

8.14. Berufung der sachkundigen Bürger*innen Fraktion Mehrwertstadt Erfurt **1158/20**
Eintr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Die stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Pelke informierte einleitend über das Vorberatungsergebnis des Hauptausschusses vom 14.07.2020, welcher kein Votum abgab.

Es gab den redaktionellen Hinweis, dass an der Stelle zur Neubesetzung im Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen, Digitalisierung mit Alex Hesse die Person Alexander Hesse gemeint war.

Gemäß der Vereinbarung, unter Tagesordnungspunkt 3, erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache 1158/20 ohne weitere Wortmeldung.

beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Fraktion Mehrwertstadt beruft nachfolgende sachkundige Bürger/innen:

Finanzen, Rechnungsprüfung, Vergaben (FRV)	Christian Prechtl, Alexander Hesse
Soziales, Arbeit und Gleichstellung (SAG)	Johannes Smettan
Bildung und Kultur (BuK)	Gudrun Keifl, Jan-Phillip Niediek
Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr (SBUKV)	Helge Leutloff, Olaf Seifferth
Wirtschaft, Beteiligungen, Digitalisierung (WBD)	Robert Fritzsch, Alexander Hesse
öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile, Ehrenamt (O-SOE)	Christopher Kutzner, Christoph Trench
BUGA-Ausschuss	Anna Allstädt Bodo Remus

8.15. Besetzung Sachkundige Bürger/innen in den Ausschüssen 1160/20
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Pelke informierte einleitend über das Vorberatungsergebnis des Hauptausschusses vom 14.07.2020, welcher kein Votum abgab.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 1239/20 vor. Dieser ergänzte den Beschlusstext um eine weitere Besetzung.

Auf Grund fehlender Vorberatung der Drucksachen 1160/20 und 1239/20 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 14.07.2020, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Gemäß der Vereinbarung, unter Tagesordnungspunkt 3, erfolgte die sofortige Abstimmung der Ursprungsdrucksache 1160/20, in Fassung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 1239/20, ohne weitere Wortmeldung.

Im Anschluss an der Abstimmung, erklärte Herr Schlösser, Fraktion AfD, das Abstimmverhalten von ihm und seiner Fraktion. Er habe, wie alle Mitglieder seiner Fraktion, die sachkundigen Bürger aller anderen Fraktionen bestätigt und empfand daher das Abstimmverhalten gegenüber der sachkundigen Bürger der Fraktion AfD als unverschämt.

Herr Mroß, Fraktion SPD, erklärte daraufhin, dass er sich bei der Abstimmung enthielt und gab den Hinweis, dass die Abstimmung eventuell zu Gunsten der Fraktion AfD gelaufen wär, wenn mehr Mitglieder dieser Fraktion anwesend gewesen wären.

mit Änderungen beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Besetzung der Sachkundigen Bürger/innen in den Ausschüssen wird wie folgt beschlossen:

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr :

- Ralf Berghofer
- Stefan Schubert

Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt:

- Martin Schmidt
- Philipp Bednarski

Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung sowie alle Werkausschüsse

- Julia Ströbel
- Franco Donnarumma

Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt

- Jan Estelmann
- Paul Maaß

Ausschuss für Bildung und Kultur

- Tely Büchner
- Kai Philipps

Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben

- Heike Möller
- Holger Liersch

Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung

- Nico Paul
- Lina Kornmüller

8.15.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 1160/20 - Besetzung Sachkundige Bürger/innen in den Ausschüssen 1239/20

bestätigt Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9. Informationen

Informationen lagen keine vor.

gez. Panse
Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer

gez. Pelke
stellvertretende Stadtratsvorsitzende